

errecht für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien“ schaffen soll. Die SPD legt klare Bekenntnisse zu Steinkohlesubventionen und zum Neubau von Kohlekraftwerken ab. Aber sie will ein großes Pilotvorhaben zum Test von Flächenzertifikaten starten. Auch Energiesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen zu binden, ist zu begrüßen. Insgesamt bleibt das Programm schwammig mit wenig konkreten Maßnahmen. Auch die Bilanz der letzten Legislaturperiode ist durchwachsen: Beim Abbau umweltschädlicher Subventionen gab es Fortschritte etwa beim Auslaufen der Eigenheimzulage und dem Versuch, die Pendlerpauschale deutlich zu kürzen. Insgesamt ist aber zu wenig passiert, zum Teil sind auch Rückschritte zu verzeichnen. So führt die Kfz-Steuerreform zu Entlastungen der Autofahrer und auch die Steuer für Agrardiesel wurde gesenkt.

Die CDU/CSU bekennt sich abstrakt zu ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz: „Anreize und marktwirtschaftlich

orientierte Instrumente sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen.“ Im Detail ist sie dann aber dagegen: „Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird es mit CDU und CSU nicht geben.“ „Wir werden dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung der Steuerentlastung beim Agrardiesel aufgehoben wird und die Entlastung dauerhaft wirksam ist.“ Auch bei den Fortschritten, die es in den letzten vier Jahren gab, ist die CDU/CSU selten als progressiver Part aufgetreten.

Die FDP tritt für eine massive Senkung (nicht mehr Abschaffung) der Ökosteuer ein. Selbst die Mehrwertsteuer auf Energie soll auf sieben Prozent gesenkt werden. Positiv ist, dass die FDP den Emissionshandel auf andere Sektoren ausweiten will. Die FDP-Überlegung scheint allerdings folgende zu sein: Wenn der Verkehrssektor in den Emissionshandel einbezogen wird, können wir alle anderen Instrumente ablehnen und über den Clean Development Mechanism billige CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Ausland vornehmen, sodass Deutschland „business as usual“ betreiben kann.

## Weder rosig noch grün

Insgesamt sind die Aussichten weder rosig noch grün. Bleibt die vage Hoffnung, dass es nach einer Wahl einfacher ist, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, als diese vor der Wahl anzukündigen. Vielleicht fasst sich die neue Bundesregierung ja doch ein Herz und stärkt ökofiskalische Instrumente, statt die Mehrwertsteuer weiter anzuheben – dann hätte sie zumindest die besseren Argumente auf ihrer Seite.

### Anmerkungen

- ▶ (1) [www.kurzlink.de/gp-subventionsstudie](http://www.kurzlink.de/gp-subventionsstudie)
- ▶ (2) [www.kurzlink.de/wwf-konjunkturstudie](http://www.kurzlink.de/wwf-konjunkturstudie)

Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin und einer der Sprecher der Klima-Allianz.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 51053080, E-Mail: [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de), [www.foes.de](http://www.foes.de)



## Ressourcenpolitik

# Freihandel mit Rohstoffen?

Auf Druck der Industrie fordern Bundesregierung und EU weltweit „offene Märkte“ für Rohstoffe aller Art

**Deutschland gehört zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Viele Ressourcen werden ohne Rücksicht auf Umweltschutz und Menschenrechte importiert. Zur Bundestagswahl finden die Parteien allerlei schöne Worte für „Ressourcengerechtigkeit“. Doch deutsche Regierungen drängen gemeinhin auf Freihandel. ■ VON PETER FUCHS, WEED**

Auf seiner Internetseite kommt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zu einem klaren Befund: Deutschland zählt als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Ein Großteil der Massenrohstoffe wie Kies und Sand werden zwar aus heimischen Lagerstätten gewonnen. Aber bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu 100-prozentige Importabhängigkeit. Auch die Energierohstoffe Öl, Gas, Kohle und Uran werden in großem Umfang aus dem Ausland eingeführt. In

der ordnungspolitischen Philosophie des BMWi ist die direkte „Rohstoffsicherung Aufgabe der Wirtschaft“<sup>(1)</sup>. Aber mit ihrer Rohstoffpolitik will die Bundesregierung die „erforderlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung“ schaffen. Also betreibt sie die außenpolitische und außenwirtschaftliche Flankierung der Rohstoffimporte deutscher Unternehmen.

Bundesregierung und Wirtschaft arbeiten nach eigener Auskunft dabei eng zusammen. Im 2007 eingerichteten Interministeriellen Ausschuss Rohstoffe

unter Federführung des BMWi wirken die verschiedenen Ressorts, aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aktiv mit. Die vermeintliche „Klimakanzlerin“ Angela Merkel (CDU) versprach dem BDI 2007 ein verstärktes Rohstoffengagement und noch im gleichen Jahr wurde das Papier „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“<sup>(2)</sup> vorgelegt. Immer wieder betont wird darin „das Ziel einer möglichst weitreichenden Liberalisierung der Weltmärkte gerade auch bei Rohstoffen“. Sogenannte Handelshemmnisse sollen abgebaut und

Exportzölle verboten werden. Gestärkt und ergänzt wird diese Agenda auch in Brüssel: Industriekommissar Günter Verheugen (SPD) stellte im November 2008 die neue EU-Rohstoffstrategie vor, die ebenfalls den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt“ (sprich: Freihandel mit Rohstoffen) als wichtigen Grundpfeiler nennt. Zuvor hatte bereits 2006 die Bundesregierung eine stärkere Berücksichtigung deutscher Rohstoffinteressen im Rahmen der „Global-Europe“-Handelspolitik eingefordert.

### Schöne Worte zur Ressourcenpolitik

Vor diesem Hintergrund lesen sich die Wahlaussagen der Parteien im laufenden Bundestagswahlkampf reichlich blumig. Immerhin, die Grünen sowie die Linkspartei haben sich im Bundestag schon länger für einen grundlegenden Kurswechsel in der Ressourcenpolitik starkgemacht. So ist es konsequent, wenn im Programm der Grünen formuliert wird: „Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. 15 Prozent der Weltbevölkerung verschwenden über die Hälfte der Rohstoffe. Der Ressourcenmangel der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mitverantwortlich. Der Handel mit Rohstoffen darf nicht zulasten von Menschenrechten gehen. Internationale Abkommen, die Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe auf fairem Niveau stabilisieren, sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg von Entwicklungsländern. Wir brauchen eine andere Ressourcenpolitik. Der Zugriff auf die knappen Ressourcen unserer Erde muss fair geteilt werden.“ Analytisch etwas schärfer kritisiert die Linkspartei die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland als eine „imperiale Rohstoff- und Energiesicherungspolitik“.

Die Linke sieht im „Streben nach sozialer Gerechtigkeit und einem radikalen ökologischen Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen zwei Seiten einer Medaille“. Folgerichtig spricht sich die Linkspartei für eine konsequente Energiewende aus und unterstreicht die zunehmende Knappheit der Rohstoffe: „Die Stoffströme,

die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen daher in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor zehn reduziert werden.“ Und sie formuliert am deutlichsten von allen Parteien eine klare Absage an „die Politik des Freihandels und der Liberalisierung“.

Programmatisches – nicht etwa tagespolitisches – Leitmotiv der SPD ist die „ökologische Industriepolitik“. In ihrem „Regierungsprogramm“ schreibt sie: „Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen. Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik.“ Die SPD will Deutschland als „globalen Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts“ positionieren. Diese Grundorientierung wird von allerlei recht vage gehaltenen Bekenntnissen zu Ressourceneffizienz, globaler Strukturpolitik, einer globalen Verantwortungsgemeinschaft und zu einer kooperativen Energie- und Ressourcenpolitik flankiert.

Auch die FDP nennt in ihrem Wahlprogramm die stärkere Nutzung nachwachsender Rohstoffe, eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft und das langfristige Ziel einer CO<sub>2</sub>-neutralen Energieversorgung. Zugleich aber unterstreicht sie mehr als die anderen Parteien ihr unerschütterliches Technikvertrauen („zweite grüne Revolution“, „Fortschritt durch moderne Technik“) sowie ein ungebrochenes Verhältnis zu marktliberalen Grundüberzeugungen: „Freihandel statt Protektionismus“.

Das CDU-Regierungsprogramm konstatiert: „Der weltweit wachsenden Nachfrage stehen begrenzte fossile Ressourcen gegenüber. Wir müssen Abhängigkeiten verringern, Energie effizienter nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen. Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen. Wir streben einen Abschluss der Doha-Runde an, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen. Wir bekennen uns zum

Grundsatz des freien Welthandels und lehnen Protektionismus ab. Wir werden Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten konsequent entgegenreten.“

### Mehr Selbstbewusstsein!

Die im CDU-Programm nur implizit angesprochenen Gerechtigkeitsfragen der Rohstoffpolitik kommentierte der hessische Ministerpräsident Roland Koch einst so: „Manche unserer Verhandlungspartner in den sich gerade entwickelnden Staaten werden uns darauf hinweisen, dass die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und Arbeitskräfte in den letzten beiden Jahrhunderten unter Beteiligung der Europäer so edel und sozial verantwortungsvoll nun auch nicht gewesen sei. Das ist richtig. Wir werden das Selbstbewusstsein entwickeln müssen, trotz dieser geschichtlichen Verantwortung – teilweise auch Schuld – einzufordern, dass heute Regeln gefunden werden, die unsere Interessen am Erhalt unseres Wohlstandes angemessen berücksichtigen.“<sup>(3)</sup> Also doch Freihandel mit Rohstoffen? Angesichts dieses Kurses der politischen Eliten muss die Umweltbewegung hierzulande mehr Selbstbewusstsein entwickeln, vor und nach der Bundestagswahl entschlossen für eine Umkehr in der Handels- und Rohstoffpolitik zu kämpfen.

### Anmerkungen und Literatur

- (1) Zitierweise in diesem Beitrag ohne Auslassungsmarkierungen (...)
- (2) Die Bundesregierung: Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Berlin 2007, [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de); Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. C.H. Beck, Wuppertal 2005, 278 S., 20,50 €, ISBN 3-406-52788-4
- (3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.6.2007

Der Sozialökonom Peter Fuchs arbeitet in Berlin bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. zu internationaler Handels- und Investitionspolitik sowie Klimagerechtigkeit.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27582614, E-Mail: [peter.fuchs@weed-online.org](mailto:peter.fuchs@weed-online.org), [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

